



Deutschland.

Berlin, 11. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Cantor und ersten Lehrer Gläser zu Eger im Kreise Herzogtum den Adler des Jubiläums des Königlichen Hauses-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Großherzoglich sachsenburgischen Medicinalrat Dr. Bölders zu Cottbus, im Fürstentum Lübeck, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Anlegung der Ritter-Insignien erster Abteilung des Großherzoglich sachsenischen Hauses-Ordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falten: dem Rittergutsbesitzer von Löbbecke auf Eiersdorf bei Glad; des Ritterkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich sachsen-erneischen Hauses-Ordens: dem Kammer-Medicinalrat Dr. Voigtel, bisher erster Assistent des Ministerial-Bauraths im Kriegsministerium, ist unter Ueberweisung zur Intendantur des Garde-Corps mit den Geschäften des technischen Reiters für die Projekt-Bearbeitungen &c. zu den Militär-bauten in den Beiräten der Intendanturen des Garde- und III. Armee-Corps beauftragt worden. — Der Gymnasiallehrer Dr. J. Seebech in Mörs ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Celle berufen worden. Der ordentliche Seminarlehrer Renner zu Osnabrück ist an das Königliche Schulehrer-Seminar zu Hannover versetzt und der bisherige Lehrer Fries zu Meinersen als ordentlicher Lehrer an dem Königlichen Schulehrer-Seminar zu Oldenburg angestellt worden. Der Seminarlehrer Eilers zu Alfeld ist als erster Seminarlehrer an das Schulehrer-Seminar zu Verden versetzt worden. Der Lehrer Carl Theodor Knole an dem jüdischen Lehrer-Seminar zu Hannover ist als provvisorischer Seminarlehrer an das Schulehrer-Seminar zu Verden berufen worden. Der Lehrer Wilhelm Ferdinand Reinbrecht ist als Seminar-Musiklehrer an dem Schulehrer-Seminar zu Verden angestellt worden. An dem evangelischen Schulehrer-Seminar zu Münsterberg ist der Hilfslehrer Hanusa zum ordentlichen Lehrer befördert worden. Der praktische Arzt &c. Dr. Hesse ist mit Belastung seines Wohnsitzes in Leba zum Kreiswundarzt des Kreises Lauenburg; und der praktische Arzt &c. Dr. Fries mit Belastung seines Wohnsitzes in Irlingen zum Kreiswundarzt des Kreises Ottweiler ernannt worden. — Der bisherige Secretär der General-Commission zu Breslau, Martin, ist zum Vorsteher der Geheimen Kanzlei des Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten mit dem Titel „Geheimer Kanzlei-Director“ ernannt worden. Dem Geheimer Kanzlei-Secretär Smigelski ist der Titel „Geheimer Kanzlei-Inspector“ beigelegt worden.

Berlin, 1. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag im Beisein Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, commandirenden Generals des Garde-Corps, sowie des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen, hörten die Vorträge der Chefs der Admiralität, Generals der Infanterie von Stosch, sowie des Chefs des Militär-Cabinets, General-Majors von Albedyll, und empfingen den Geheimen Commerzienrat Krupp.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Central-Diaconissenhaus Bethanien.

Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz nahm gestern Vormittag um 11½ Uhr militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr den Minister-Residenten Grafen von Enzenberg.

Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin stattete um 3 Uhr der verwitweten Fürstin Wilhelmine Radziwill einen Besuch ab und empfing Abends 8 Uhr den Grafen und die Gräfin Enzenberg und später Mrs. Watson.

Um 8½ Uhr begab sich Ihre Kaiserliche Hoheit zu Ihren Majestäten.

Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin wird sich morgen zu einem etwa achtjährigen Aufenthalt nach Coburg begeben. In der Begleitung Ihrer Kaiserlichen Hoheit befinden sich die Hofdame Gräfin Bernstorff und der Kammerherr von Normann.

(Reichsanzeiger.)

= Berlin, 11. April. [Die Justizgesetze. — Die Vorlegung des Staatsjahres. — Der Austritt aus den Synagogengemeinden.] Im Justizausschuss des Bundesrathes fand heute nur noch eine kurze Nachbesprechung über die Justizgesetze statt. Im Wesentlichen wurden diese Arbeiten noch gestern beendet und es erübrigten nur noch Verständigungen über die weitere formelle Bearbeitung der Angelegenheit. Eine Plenar-sitzung des Bundesrathes über dieselbe wird erst nach Ostern stattfinden; heute meinte man, der Zusammentritt der Justizcommission des Reichstages möchte sich vielleicht bis Anfang Mai verzögern. Der Schwerpunkt der Commissionsarbeiten wird in einer Verständigung über die Strafprozeßordnung liegen; die Civilprozeßordnung hat wenig, das Gerichtsverfassungsgesetz gleichfalls kaum eine erhebliche Veränderung erfahren. — Der bayerische Justizminister Dr. von Fäusle und seine Commissare, die Ministerialräthe von Los und Hauser, verlassen morgen Berlin. Angaben, als wäre die Abreise dieser Herren schon gestern erfolgt, sind falsch. — Es sei hierbei zugleich bemerkt, daß sich eine mehrfach austauschende Zeitungs-Nachricht, wonach mit den bundesstaatlichen Justizministern hier über die Frage der Unterstellung der deutschen Eisenbahnen unter das Reich verhandelt worden wäre, wie uns mit aller Bestimmtheit versichert wird, als völlig irreführend erweist. — Die Aufgaben, welche der preußische Landtag in dieser Session zu erledigen haben wird, werden noch einen bedeutenden Zuwachs erhalten. Es ist nämlich mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Vorlage über die Verlegung des Staatsjahres noch eingebracht werden wird. Die Arbeiten hierzu sind im Finanzministerium im vollen Gange und es darf die Vorlage bald nach den Ferien erwartet werden. Es ist daran zu erinnern, daß der Finanzminister Camphausen schon wiederholentlich ausgesprochen hat, daß die Verlegung des Staatsjahres im Reiche nicht ohne eine solche in Preußen erfolgen könne. — Das gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetz über den Austritt aus den Synagogengemeinden ist gleichzeitig von den Ministern der Justiz, des Innern und des Cultus unterzeichnet. Dasselbe umfaßt sechs Paragraphen und unterscheidet den Austritt aus den Synagogengemeinden von dem Austritt von der Religionsgemeinschaft, also aus dem Judenthum. Den letzteren ordnet das Gesetz über den Austritt aus der Kirche vom Mai 1873. Der Austritt aus den Synagogengemeinden erfolgt, unbeschadet von jenem aus der Religionsgemeinschaft, durch Erklärung vor dem Richter. Der Austrittende ist von den laufenden Gemeinbeiträgen bis zum Schlus des Kalenderjahres, in welchem

der Austritt erfolgt, von den Verpflichtungen gegen die Gemeinde frei, hat aber auch an den Rechten, welche diese gewährt, einschließlich der Benutzung des Kirchhofes, keinen Anspruch. Zu einer Reihe von Verpflichtungen, welche die Gemeinde für Bauen &c. übernommen hat, muß der Austrittende noch 5 Jahre nach erfolgtem Austritt besteuern. Das Gesetz ist von eingehenden Motiven begleitet.

= Berlin, 11. April. [Aufhebung des Pariser Vertrages von 1856. — Die Gotthardbahn und die Subventionsfrage. — Selbstverwaltungsreform oder Kirchengesetz. — Schweizerische Gesellschaft in Berlin.] Die Befürchtungen über bevorstehende Complicationen in der orientalischen Frage werden in hiesigen maßgebenden Kreisen nicht geteilt. Es in nichts geschehen, was zwischen Russland und Deutschland einerseits und zwischen Russland und Österreich andererseits zu einer dauernden Verbindung hätte führen können. Wenn Russland in der That die Aufhebung des Pariser Vertrages von 1856 verlangt, so ist damit nicht gesagt, daß die Sulamündung und das daran grenzende nördliche Gebiet wieder an Russland abgetreten werden soll. Würde auch allenfalls von deutscher Seite eine Nachgiebigkeit in diesem Punkt erwartet werden können, so ist dies doch nicht von Österreich vorauszusehen.

Diese widerstreitenden Interessen sind Bürge dafür, daß Russland in seinen Forderungen nicht weiter gehen kann, als das Dreikaiserbündniß es gestattet. Jene Organe der französischen Presse, die mit einer Allianz Frankreichs und Russlands drohen, vergessen, daß der Schwerpunkt der Friedens-Politik in der Einigkeit der Dreikaisermächte liegt. Diplomatische Persönlichkeiten versichern uns, daß Kaiser Alexander und Fürst Gorischoff weit davon entfernt sind, die Aufhebung des Vertrages von 1856 durch einen Congress erzwingen zu wollen. — Von competenter Seite wird der Mittheilung widersprochen, daß die Gotthardbahn-Gesellschaft beschlossen habe, die restriktive Eingahung von 40 % auf die Actien auszuüben. Wenn in der betreffenden Mittheilung gesagt wird, daß der Beschluß von dem „Aussichtsrath“ der Gesellschaft ausgeginge, so widerlegt sich dies von selbst, denn es existiert überhaupt kein Aussichtsrath. Was übrigens die Subventionsfrage anbelangt, so wird sich die schweizerische Eidgenossenschaft kaum entschließen, für die einzelnen Kantone einzutreten. Für den Fortgang des Unternehmens dürfte es gleichzeitig sein, ob die contractmäßige Zahlungsleistung aus Bundes- oder Kantonsmitteln fließt. Wie wir hören, beansprucht die Schweiz durchaus nicht, daß Deutschland oder Italien über ihre speziellen Interessen hinaus Beiträge zur Vollendung des Baues der Gotthardbahn leisten sollen. Aber ebenso wenig kann die Schweiz mit ihren bescheidenen Mitteln das grossartige und kostspielige Werk so fördern, wie der gegenwärtige finanzielle Zustand des Unternehmens es bedingt. Schafft die Herstellung der Bahn an der unzureichenden Unterstützung der subventionirenden Staaten und geht die bevorstehende Conferenz unverrichteter Dinge auseinander, so muß die Schweiz dies geschehen lassen, weil sie stets das Unternehmen als ein internationales betrachtete. Diese Gesichtspunkte werden ohne Zweifel von schweizerischer Seite den deutschen und italienischen Staatsmännern klar gelegt worden sein. — Unter den hier lebenden Abgeordneten steht man nicht die Ansicht, daß auf Kosten der beiden kirchlichen Gesetze, der Schadordnung und des Didiclangesetzes, die Entwürfe über die großen Verwaltungsreformen durchzuführen und erledigt werden sollen. Ist die Zeit in der That so knapp bemessen, daß nur eins oder das andere in dieser Session fertig gestellt werden kann, so muß es in erster Linie die Städteordnung und das Competenzgesetz sein. Auf die Bildung der Provinz Berlin und die Verordnung könnte unter Umständen verzichtet werden. Für die Durchführung der ersten beiden Verwaltungsgezege sprechen zwingende politische Gründe, vor Allem die kommenden Wahlen, während die Kirchengesetze, abgesehen von ihrer geistlichen und wirtschaftlichen Bedeutung nicht den Charakter solcher Reformgesetze tragen, welche durch einen Ausschuß etwas verlieren könnten. Man ist mit anderen Worten nicht geneigt, persönlichen Einflüssen solche Zugeständnisse zu machen, welche dem Zustandekommen der Verwaltungsreformgesetze, die ein großes Ganze bilden, wenig fruchtbar wären. — Der schweizerische Gesandte, Oberst Hammer, wird seine Abschiedssacreditive erst nach der Rückkehr des Kaisers überreichen. Über die Wiederbelebung des Berliner Gesandtschaftspostes hat sich der Bundesrat noch nicht schlüssig gemacht. Auf der Candidatenliste stehen eine Anzahl Namen, darunter auch der Legationsrat Claparede, die sich im diplomatischen Dienst verdient gemacht haben. Der Landammann Roth, Mitglied des Ständerathes, welcher früher der schweizerischen Legation in Paris angehörte, ist von der Bewerbung um den Berliner Posten zurückgetreten.

= [Das Apothekerwesen.] Bei den Vorarbeiten zum Entwurf eines Gesetzes über eine anderweitige Ordnung des Apothekerwesens hat sich im Reichskanzleramt das Bedürfnis ergeben, zunächst über die Verbreitung und die Art der Apotheken innerhalb des Bundesgebietes eine genaue Kenntnis zu besitzen. In Folge dessen sind durch Verfügung aus dem Cultus-Ministerium die Provinzial-Behörden angewiesen worden, Übersichten über die Apotheken-Verhältnisse soviel möglich einzusenden.

[Audienz.] Bekanntlich wurden unlängst zwei Essäser, die Herren Schlumberger, Präsident des Landesausschusses, und der Fabrikbesitzer Kögl, von Sr. Majestät dem Kaiser und König in besonderer Audienz empfangen. In Bezug auf diese Audienz schreibt man der „Nat.-Ztg.“:

„Es handelt sich darum, die berathende Kompetenz des Landesausschusses zu einer beschließenden zu erweitern und diese Kompetenz aus Neuwahlen herzugeben zu lassen. Bekanntlich sind die drei Bevölkerungsgruppen des Landes aus Minoritätswahlen hervorgegangen, und da die Mitglieder dieser Versammlungen unter sich die Mitglieder zum Landesausschuss gewählt haben, so ist der vor moncher Seite gegen den Landesausschuss gemachte Einwurf, daß er nicht die Majorität der Bevölkerung hinter sich habe, nicht ganz ohne Begründung. Die überwiegende Mehrzahl aller Gebildeten im Reichslande — insofern sie nicht ultramontane oder Protestante sind — sieht nun wohl ein, daß aus allgemeinen direkten Wahlen vor der Hand noch kein anderes Resultat hervorgehen dürfte, als solches sich bei den Wahlen zum Reichstag herausgestellt hat. Herr Schlumberger soll daher ein neues Wahlgesetz zum Landesausschuss entwerfen und dem Reichskanzler vorgelegt haben, das auf indirekten Wahlen und auf einem gewissen Census basirt sein soll.“

[Prof. Louis Traube †.] Am Dienstag, 11. April, verschied nach längerer Krankheit, während der in den letzten Wochen jede

Hoffnung aufgegeben war, der berühmte Kliniker an der Berliner Universität, Prof. Louis Traube, dirig. Arzt an der Charité und Geheimer Medicinalrat. Geboren am 12. Januar 1818 zu Ratibor, studirte er anfänglich in Breslau, dann von 1837 an in Berlin, wo er 1841 promovirt. Als Assistent Schönlein's hat er der Charité viele Jahre angehört, bis er 1853 zum dirigirenden Arzt derselben ernannt wurde und die propädeutische Klinik leitete. Als Schriftsteller trat er im Jahre 1846 auf mit einer bahnbrechenden Arbeit aus dem Gebiet der experimentellen Pathologie. Seitdem ist er als Forscher wie als Arzt und klinischer Lehrer bis kurz vor seiner letzten Krankheit thätig gewesen. Die Berliner medicinische Facultät verlor durch den Tod Traube's eine ihrer größten Elegitaten.

Königsberg i. Pr., 10. April. [Schloss.] Die „K. Volkszeitg.“ schreibt: Wie man sich allgemein in der Stadt erzählt, hat Herr Geh. Regierungsrath Schloss, in Folge seines Conflicts mit dem Landtag-Abgeordneten Freytag, seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachge sucht. Nach der „K. O.-Z.“ hat Herr Schloss nur einen längeren Urlaub nachge sucht.

Stettin, 9. April. [Pommerscher Städetag.] Wie die hiesigen Blätter melden, trat gestern der pommersche Städetag in außerordentlicher Sitzung hier zusammen, um Beschlüsse zu fassen in Bezug auf den Entwurf einer neuen Städte-Ordnung, welcher gegenwärtig dem Abgeordnetenhaus zur Berathung vorliegt. Es waren 37 Städte durch 61 Abgeordnete vertreten. Den Vorstz. führte Bürgermeister Peters-Auklam, das Referat hatte Bürgermeister Haken-Golberg übernommen, welcher Mitglied der betreffenden Commission im Abgeordnetenhaus ist. Wegen Kürze der Zeit wurde nach dem Vorschlage des Referenten die Besprechung von vier Hauptprinzipienfragen beschlossen. Diese betrafen: 1) die Organisation der städtischen Behörden; 2) das Wahlsystem; 3) die Steuerfrage; 4) die allgemeine Landesverwaltung und das Aussichtsrecht der Regierung. Ad 1 entschied man sich dahin: es den Städten unter Ausschluss der Gnadenhöher Instanz zu überlassen, welches System sie künftig in Anwendung bringen wollen, ob das einheitliche einer Stadtvorordnetenversammlung mit einem Bürgermeister an der Spitze, oder das in den alten Provinzen jetzt gebräuchliche dualistische von Magistrat und Stadtvorordneten-Versammlung. Ad 2 entschied man sich mit allen gegen 3 Stimmen für Beibehaltung des Dreiklassensystems mit dem im Entwurf enthaltenen Genus von jährlich 6 Mark Communalsteuer. (Bürgermeister Sternberg (Stettin) plaidirt mit großer Wärme für das gleiche Wahlrecht mit Beschränkung durch einen Census von 12 Mark jährlicher Communalsteuer und zweijährige Ortsangehörigkeit. Außer dem Referenten sprach Dr. Wolff (Stettin) hauptsächlich für Beibehaltung des Dreiklassensystems). Ad 3 ist beschlossen: Aufhebung aller Steuervrivilegien und die baldige Einbringung eines Communalsteuer-Gesetzes zu fordern. Ad 4 wird beschlossen: den Städten die allgemeine Landesverwaltung, soweit es ihre Unterordnung unter den Staatsorganismus ermöglicht, selbst zu übertragen und die Staatsaufsicht in wirtschaftlicher Hinsicht möglichst zu beschränken.

Paderborn, 10. April. [Abreise.] Aus Brüssel, 5. April, meldet ein Telegramm: Erzbischof Martin ist nach einer Besprechung mit dem Erzbischof von Mechelen nach London abgereist.

Münster, 10. April. [Die Antwort des hiesigen Domkapitels] auf die am Abende des 1. d. M. bei dem Dompropst Dr. Püngel eingelauftene Aufforderung des Oberpräsidenten v. Kühlweiter zur Wahl eines Bischofs-Vorwesers ist dem Vernehmen nach gestern abgegangen. Das von der Staatsregierung gestellte Antritt wurde einstimmig abgelehnt. Bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten wird nunmehr Herr v. Kühlweiter die Ernennung eines Commissars für die Verwaltung des Vermögens zu beantragen haben. Bekanntlich soll Herr Ober-Bergrath Gedieke diesen Posten übernehmen, nachdem derselbe bereits interimistisch das General-Bicariat in Verwahrung genommen hat.

Münster, 10. April. [Professor Landolt.] Wie der „Wartenscheider Zeitung“ von gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, ist der ordentliche Professor der hiesigen Universität, Herr Dr. Herm. Landolt, unser berühmter Zoologe, vor einigen Tagen von seinem Bischof a divinis suspendirt, d. h. seiner geistlichen Functionen enthoben worden.

Düsseldorf, 11. April. [Der mehrfach erwähnte Erlass der K. Regierung] zu Düsseldorf vom 14. März d. J. an die Schulinspectoren hat nach der „Rhein-Westf. Post“ folgenden Wortlaut:

„Wir haben neuerdings wiederholt die Bemerkung gemacht, daß sich sowohl Kreisschulinspectoren wie Localschulinspectoren unseres Bezirkes an öffentlichen Agitationen beteiligt haben, welche gegen wirkliche oder angeblich beabsichtigte Maßnahmen der königlichen Staatsregierung auf dem Gebiete des Schulwesens gerichtet sind, und daß die benannten Beamten zu solchen Drägen der Schulorganisation, deren Regelung erst von der Zukunft erwartet werden kann, öffentlich principielle Stellung genommen haben, wodurch das Ansehen und das Vertrauen, welches ihr Beruf erfordert, leicht auf das Empfindlichste geschädigt werden kann. Wir sprechen die Erwirkung aus, daß es nur eines Hinweises auf das Unstethafte eines solchen Verhaltens bedürfen wird, um die sämtlichen Herren Schul-Inspectoren unseres Bezirkes für die Zukunft von allen öffentlichen Kundgebungen der Art fern zu halten und daß dieselben es sich im Gegen-Beispiel angelegen sein lassen werden, überall auf die Herstellung friedlicher Verhältnisse hinzuwirken und das Vertrauen in die wohlwollenden Absichten der Regierung zu stärken. — Von dieser Verfügung wollen sie den Ihnen unterstellten Localschulinspectoren Kenntnis geben, um auch in gleichem Sinne auf die Haltung der Lehrer einzuhören. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern. gez. Dr. Junker. Am sämtlichen Herren Schul-Inspectoren und die Localschulinspectoren des Regierungsbezirks Düsseldorf.“

Goslar, 10. April. [Wiederannahme.] Dem „H. C.“ wird geschrieben: Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, dessen Mandat für den 13. hannoverschen Reichstag-Wahlkreis bekanntlich in Folge seiner Ernennung zum kaiserlichen Postchaster in Wien erloschen ist, hat jetzt dem hiesigen Wahlcomite angezeigt, daß er eine Wiederwahl annehmen werde.

Kassel, 10. April. [Unterredung.] Vorgestern war der Bischofsvorweser Herr Hahne aus Fulda hier anwesend, um sich dem neuernannten Oberpräsidenten der Provinz, Herrn v. Ende, vorzustellen. Beide Herren hatten eine längere Unterredung mit einander, durch deren Resultat wenigstens der Bischofsvorweser, wie wir aus seinem eigenen Munde wissen, ganz bestreitigt ist. Es handelte sich

babel vorzugsweise um die durch die Malzegehe u. geschaffenen Zeände innerhalb des Bissiums, namentlich aber um Schulangelegenheiten. Herr Hahne ist bereits wieder nach Fulda zurückgekehrt.

Bernigerode, 10. April. [Anti-Declaranten.] Das „Wernigerödliche Intelligenzblatt“ enthält die Aufforderung zur Unterzeichnung folgender an verschiedenen Orten ausliegenden Adresse an den Fürsten Bismarck:

Durchlauchtigster Fürst!

Von den Unterschriften, welche für die „Kreuzzeitung“ gegen Ew. Durchlaucht colportirt sind, entfällt auf den Kreis Grafschaft Wernigerode die unverhältnismäßig große Zahl von 13. Wenn schon an und für sich der ganze Protest den erwiesenen Thatsachen gegenüber ebenso hinfällig, wie ohne Bedeutung ist so glauben die Unterzeichneten denselben doch nicht mit Stillschweigen übergehen zu können, weil es wegen des großen Bruchtheils der Unterschriften den Anschein haben könnte, als ob derartige Gesinnungen die hier herrschenden seien. Hiergegen protestieren die Unterzeichneten feierlich mit dem Bemerkern, daß von den Verfechtern der „Kreuzzeitung“ nur einer ein geborener Wernigeroder ist, und daß die Gesammbevölkerung bis auf jenen verhüllenden kleinen Bruchtheil Ew. Durchlaucht als unzertrennlichen Träger der Politik Sr. Majestät des Kaisers und Königs in dankbarster Ergebenheit und unverbrüderlicher Treue zur Seite steht.

Dresden, 10. April. [Zurücknahme.] Die „Dr. Nachr.“ melden: „Die jüngst berichtete Ausweisung des Mitarbeiters am „Dresd. Volksboten“, Herrn Max Kaiser, ist von der hiesigen königl. Polizei-Direktion wieder zurückgenommen worden.“

Karlsruhe, 11. April. [Die zweite Kammer] hat an Stelle des erkrankten Präsidenten Körner Lamey zum Präsidenten gewählt. Die nächste Sitzung ist auf den 24. d. Mts. anberaumt.

Meß, 10. April. [Adresse.] Von hier wird der „Karlsruher Z.“ berichtet: Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, richtete eine kleine Anzahl hiesiger Französlinge eine Adresse an die Wähler der Pariser Vorstadt Neuilly mit der Aufforderung, Herrn Dr. Bamberger zu wählen, „damit die Stadt Meß auch fernerhin in der französischen Deputiertenkammer vertreten sei und auch in Zukunft sich französisch fühle.“ Herr Bamberger, der erst bei der Stichwahl mit geringer Majorität über seinen Gegencandidaten siegte, richtet nun an seine Wähler ein Schreiben, aus welchem die nachstehenden, speciell von Meß handelnden Sätze auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse sein werden. Es heißt nämlich: „Es ist mir bekannt, daß mein Name als Mezer stark in die Waagschale fiel, als es sich um meine Candiatur handelte. Sie beabsichtigten einen Blitzstrahl nach den trauernden Ufern der Mosel zu senden. Sie haben Gewicht darauf gelegt, ins Gedächtnis zu rufen, daß Meß in Ihren Augen eine durch und durch französisch gesinnte Stadt ist und Sie haben deshalb einem Manne, der bisher die Ehre hatte, Meß zu vertreten, die Thür des Parlaments geöffnet.“ Ein großer Theil der französischen Zeitungen drückt dieses Schreiben ohne weitere Bemerkung ab.

Deutschland.

Bienn, 10. April. [Aus Bosnien und der Herzegowina.] Seit den letzten Tagen nehmen die Ereignisse in Bosnien wieder hervorragendes Interesse in Anspruch. Während in den nördlichen Gegenden der Provinz früher bloße Scharmützel von untergeordneter Bedeutung geliefert wurden, scheint das Gescheh von Midan, das am 6. seinen Anfang nahm und den 8. noch fortduerte, sehr ernst geworden zu sein. Nach Angaben Ibrahim Paschas, des Gouverneurs von Bosnien, standen 1500, nach slavischen Quellen 5000 Insurgenten im Treffen. Über die Stärke der türkischen Truppen verlautet nichts. Wie gewöhnlich schreiben sich beide Theile den Sieg zu, nach dem offiziell türkischen Bericht sollen die Insurgenten deftuitzt worden sein und 60 Tote verloren haben, während die türkischen Truppen nur 5 Tote und 11 Verwundete hatten. In Konstantinopel haben die Vorgänge in Bosnien nach der „P. C.“ große Aufregung erzeugt. Man laboriert dort wieder an einer der bekannten „Riesenanstrengungen“, den Aufstand zu unterdrücken. Ibrahim Pascha verfügt gegenwärtig über 15,000 Mann, weitere 15,000 sollen in aller Eile nach Bosnien geworfen werden. Nötig wäre der Succurs allerdings.

Von der croatisch-bosnischen Grenze, vom 8. April, wird der „P. C.“ geschrieben: Es kann nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß der Aufstand in Bosnien ganz beträchtliche Dimensionen annimmt. Wenn die türkische Regierung nicht rasch mindestens 20,000 Mann in das Vilajet zu werfen im Stande ist, wird die Insurrection da-selbst bald in ganz anderen Verhältnissen um sich greifen, wie in der Herzegowina. Man sieht, daß der Winter von den geheimen Insurrections-Comites nicht unbenutzt gelassen wurde. Wie auf ein gegebenes Signal flackern an allen Orten die Flammen des Aufstandes empor. Auch in Türkisch-Croatien röhrt es sich ganz gewaltig. Die Gegend von Bica ist vollständig insorgt und hat da-selbst sogar ein für die zumeist aus katholischen Christen bestehenden Insurgenten siegreiches Treffen stattgefunden.

In Bosnien ist die Zahl der neu auftauchenden Insurgenten-Chefs eine Legion. Unter diesen neuen Erscheinungen befiehlt Trijuni Bubalo die größte Insurgentenschaft. Er zeichnet sich aber gleichzeitig auch durch wahre Schreckensherrschaft aus. — Am 6. April verbrannte er die türkischen Dörfer Lipnik, Mehala, Androvac, Palanca und die Gjardake „Pachina“; außerdem lieferte er an demselben Tage den Türken ein sechsstündiges Treffen, in welchem dieselben 16 Tote und 38 Verwundete auf dem Kampfplatz ließen. Des Ausgangs des Treffens sich zu rühmen, scheinen indeß die Insurgenten trotzdem keinen Grund gehabt zu haben. Um ihre Scharen möglichst rasch auf eine ansehnliche Höhe zu bringen, üben die Insurgenten auf ihre christlichen Landsleute, welche sich nicht anschließen wollen, einen furchterlichen Terrorizismus aus, welcher an vielen Orten bereits in unerhöhte Gräueltaten ausartet. So hat eine Rottte von Insurgenten, gefährt von Diako und Stojan, im Bezirke von Novine den christlichen Hausbesitzer Nikola Macak im Dorfe Tzirna Rika überschlagen und nachdem es ihm gelang zu fliehen, dessen Haussende getötet. In Folge dessen eilten drei Compagnien Nizams unter Nedjib Effendi den bedrohten Ortschaften zu Hilfe und vertrieben die Insurgenten aus der Umgegend von Maden. Im Orte Bazevac im Districte von Türkisch-Gradica überfielen die Insurgenten die dort friedlich lebenden christlichen Mitbürger, plünderten und beraubten dieselben und tödten einen derselben, Namens Theodor Malitzam. Nach Verübung solcher Thaten verbreiteten sie in den umliegenden Ortschaften, daß die von ihnen begangenen Missethaten von den Türken verübt worden sind. Der Ball von Bosnien, Ibrahim Pascha, entsendete alle verfügbaren Truppen aus Serajevo und dem Travniker Sandjakate nach dem Norden. Man glaubt, daß bis längstens zum 15. d. die Türken mit einer bedeutenden Truppenmacht die Operationen gegen die Insurgenten eröffnen werden. Uebertreffs werden alle Muhamedaner An-gesichts der drohenden Gefahr militärisch organisiert.

Selbstverständlich wird das Wiederaufstarken des Aufstandes in Bosnien auch auf die Herzegowina zurückwirken. Man schreibt der „P. C.“ aus Ragusa:

„Bis zur Stunde ist die türkische Festung Nikšić nicht verproviantirt worden. Ahmed Mouktar Pascha trifft nun militärische Vorberei-tungen, um die Verproviantirung ins Werk zu setzen. Er hat seine Truppen-

macht so disponirt, daß er einer gewaltsamen Verhinderung der Verproviantirung durch die Insurgenten begegnen zu können hofft. Die in der Sutorina versammelten Insurgenten lehren über österreichisches Gebiet zu ihren Abstellungen zurück. Man ist gespannt daran, ob dieselben etwa noch vor dem 12. April die Feindseligkeiten eröffnen werden, da sie sich allenthalben vernehmen ließen, daß sie die während der vereinbarten Waffenruhe erfolgte Ausschiffung von 1600 Türken in Klek als einen Bruch des Waffenstillstandes betrachten.“

Das „N. W. Tagebl.“ erhält aus Ragusa, 10. April, folgende Depesche: „Nach zuverlässigen Informationen berichtete der russische General Ionin an den Fürsten Goritschakoff heute Nachmittags telegraphisch im Wesentlichen Folgendes:

Der Auftrag Ew. Durchlaucht, den in der Sutorina versammelten Insurgenten-Chefs die Annahme der Andrassy'schen Reformen und den Frieden anzuraten, wurde von Bozidarovich Wessely ausgeführt. Die Insurgenten haben die Reformen angenommen und wünschen nur auch deren wirkliche Ausführung. Mit diesem Ergebnis ist Wessely's Mission also mit Erfolg beendet.“

Das Memorandum der Insurgenten-Skupschina an den Special-Abgesandten des russischen Cabinets, Bozidarovich Wessely, enthält jedoch nebst der telegraphisch bereits gemeldeten Erwiderung der Insurgenten, noch folgende vertrauliche Klausel:

„Geehrter Herr! Wir wissen, daß auch Sie ein Sohn unseres unglücklichen Vaterlandes sind, und daß Sie nie aufgehört haben, seines Schicksals sich warm anzunehmen. Wir wissen, daß im Anfang dieses Aufstandes Sie die Erste die Initiative ergripen haben, zur Aushilfe für unsere Familien, welche gezwungen wurden, ein Asyl zu suchen in fremden Ländern. Mehr noch. Sie haben durch einige Monate unseren Familien Unterstützung zukommen lassen. Auf diese Weise haben Sie unsere Leiden und unser Ungemach kennen gelernt.“

„Heute appelliren wir an Ihren Patriotismus und bitten Sie, daß Sie diese Declaration (welche die bekannten, mit dem an Rodich gerichteten Memorandum conformen Forderungen enthält) den Cabinen der Großmächte und der erlauchten Pforte mittheilen und daß Sie bei ihnen der Vertreter unserer Interessen werden.“

„Wir ergreifen diese Gelegenheit, Ihnen das volle Vertrauen, daß wir in Sie setzen, und die Zuversicht auszudrücken, daß Sie in jedem Falle unsere Interessen vertreten werden.“

So weit die vertrauliche Klausel.

Bozidarovich Wessely dankte für das ihm auszeichnende Vertrauen, machte den versammelten Insurgenten-Chefs je nach ihrer Bedeutung und ihrem Range kostbare Geschenke und nahm das ihm von den Insurgenten-Chefs angetragene diplomatische Vertretungsmandat in aller Form an. Er versprach, aufs Ernstgste die Interessen derselben zu wahren und zu fördern.

Bozidarovich Wessely reiste hierauf über Castelnuovo nach Gettina ab.“

Prag, 10. April. [Die Frage der tschechischen Universität vor dem Landtage.] Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand der Commission-bericht, betreffend die Errichtung einer tschechischen Universität. Die Majorität der Commission beantragte die bezüglichen Petitionen an die Regierung abzurütteln. Ein Minoritätsantrag befürwortet gleichfalls die Abtretung an die Regierung, jedoch mit der Aufforderung, an dieselbe, dem in den Petitionen ausgesprochenen Wunsche nachzukommen. Hasner legte den Standpunkt der Majorität dar. Von sachmäßiger Seite müßte erst eine Darlegung der Bewegung der tschechischen Literatur und des tschechischen Dozenten-ibams vorliegen, ehe in der Universitätsfrage weiter gegangen werden könnte. Wir haben eine alte, ruhmreiche Universität, wollten wir sie trennen, so hätten wir auf der einen Seite ein todgeschlagenes Kind. Ueberdies stände ein solches Gelehrtes an das tschechische Volk in seinem Verhältnis zu den Lasten, die ihm aufgeführdet würden, so daß die Entlastung bald eintreten müßte. Die Deutschen haben von dem jetzigen zweisprachigen Zustande keinen Vortheil, sie haben den Nachteil der Absonderung ohne den Vortheil der Selbstständigkeit und würden schon um des Friedens willen, nach welchem beide Landesteile seijen, eine Trennung befürworten, wenn die Lebensfähigkeit zweier Universitäten möglich wäre. Die Petitionen an die Regierung abzurütteln, sei mit Rücksicht auf die von den Petitionen angegebenen Ueberstände geboten, welche zu prüfen, eventuell zu befeitigen in der Lage sei. Der Buzakantrag der Minorität sei abzulehnen, weil derselbe als Vorwurf gegen die Regierung aufgegriffen werden könnte. Hierauf wurde der Minoritätsantrag mit allen gegen die 9 Stimmen der Jung-zechen angenommen.

Frankreich.

* Paris, 9. April. [Die Niederlage der französischen Finanz-Combination in Egypten] wird von den ultramontanen Blättern zu einer Niederlage Frankreichs ausgepufft, um Decazes, dessen Sturz man längst ersehnt, etwas am Zeuge zu sticken. Es wird, schreibt man der „P. C.“ nach und nach hier, wie in Deutschland und Italien, Methode, mit Schadenfreude auf Mißserfolge der Regierung hinzu deuten, um den Finger Gottes nachzuwelsen. Dieses Treiben

aber wird die liberale Majorität in den Kammern wie in der Provinz nicht einschüchtern, seit einmal die Frage so gestellt ist: sieht der Clerus über den Gesetzen und sollen die bestehenden Gesetze nach wie vor von ihm verhöhnt werden, oder aber soll er dem Staate, in dem er lebt und der ihn erhält und beschützt, gehorchen wie jeder anständige Mensch und Bürger? Uebrigens ist in der egyptischen Finanzfrage doch noch ein Zusammenspiel des französischen und englischen Geldes und Einflusses in Aussicht; wenigstens spricht „Figaro“ von Wünschen des Khedive und von Verhandlungen zwischen Derby und Decazes, der Sav hinzugezogen hat. — Von der Presse im Allgemeinen wird das Scheitern der egyptischen Anleihe nur mit großer Zurückhaltung behandelt. Von ihrer politischen Seite, die so stark hervorgerufen wurde, so lange sie ein Erfolg für die pariser Banquiers und Herzog Decazes schien, ist nicht mehr die Rede. Man bespricht nur die finanzielle, und die Note, welche bis jetzt durch alle Blätter geht, ist: möglichst gute Miene zum bösen Spiel machen und die Hoffnung nicht aufgeben, daß wenigstens ein Zusammensehen Frankreichs mit England sich anbahnen lasse. Am lebhaftesten vertritt diese Richtung die „Liberé“, die freilich wegen ihrer nahen Beziehungen zu Soubeyran und Genossen auch die meisten Gründe dazu hat.

[Die für ungültig erklärten Deputirten-Wahlen und der Clerus.] Die Zahl der von der Deputirtenkammer bis jetzt für ungültig erklärten Wahlen beträgt im Ganzen 13; für 3 wurde eine Unterforschung angeordnet und 8 (Rouher in Ajaccio, Fürst de Lucinge, Beillet, Dubois, La Chambre, Bartoli, Saint Paul und Demalne) sind noch zu prüfen. Die Zahl der für ungültig erklärten Wahlen wird, wenn keiner der Leitgenannten Gnade vor der Kammer findet, also höchstens 21 betragen. Die Zahl hat nichts Auffallendes, wenn man bedenkt, daß die Regierung Buffet's die offizielle Candidatur in einer Weise betrieb, wie es selbst nicht unter dem Kaiserreich der Fall war, und daß die Geistlichkeit sich Uebergriffe erlaubte, die man bis dahin nicht gekannt hatte. Daß die Clericalen sich durch den Widerstand, auf den sie stoßen, abschrecken lassen werden, ist vor der Hand nicht zu erwarten. Das „Univers“ erklärt heute, daß die Geistlichkeit und die Katholiken sich ihre Rechte nicht beschneiden lassen würden. „Der Priester“, sagt dasselbe, „ist Bürger; er wird morgen wie gestern von seinen Rechten Gebrauch machen und seine Pflichten erfüllen. Herr Chesnelong, der Graf de Bocque, alle Deputirte, welche eine brutale Majorität unter

dem Vorwande „clericalen Drucks“ zurückgewiesen hat, werden immer die ihnen geschuldeten härtige Unterstützung finden und durch die Stimme der Laien und Geistlichkeit, welche sie schon gewählt hatten, in die Kammer zurückgefordert werden.“ Bei den nächsten Wahlen wird also die Geistlichkeit sich die früheren Ungezüglichkeiten zu Schulden kommen lassen. Nur werden dieselben nicht mehr die nämliche Wirkung haben, da voraussichtlich die Behörden nicht, wie dies unter Buffet der Fall war, auf ihrer Seite stehen werden. Die Clericalen sind ganz außer sich, daß man das Concordat und die organischen Artikel aufrecht erhalten will und die Geistlichkeit anderer Gesetzen folgen soll, als den Befehlen, welche ihnen der Vatican ertheilt. „Die Wahrheit ist“, so sagt die „Gazette de France“, noch eines der gemäßigteren Organe der clericalen Partei, „daß man die Kirche zwingen will, ihre Lehren zu ändern. Gegen das Dogma, gegen die Moral der Kirche, d. h. gegen die katholischen Gewissen selbst sind die gegenwärtigen Angriffe gerichtet. Alle Behauptungen des „Journal des Debats“ können dieser Wirklichkeit gegenüber nicht Stich halten. Wahr ist auch, daß in dem Kampf, der beginnt, die Katholiken nicht auf jene angeblichen Conservativen, jene „Liberalen“ zählen können, die es nie verstanden haben, die conservativen Interessen, noch die Freiheit zu vertheidigen, und deren historische Rolle immer darin bestand, die Pläne des Caſarismus zu unterstützen oder den Radicals den Weg zu bahnen, um ihnen die Gesellschaft zu überliefern.“

[Die 100 Capellen,] welche der Kriegsminister für die Armee angeschafft, kosten 49,000 Fr. In Kriegszeiten werden zum Transport derelben 100 Wagen nebst Gespann und Bedienung notwendig sein. In den militärischen Kreisen ist man wegen dieser Anschaffung sehr ungehalten und findet sie um so merkwürdiger, als man den Compagnieführern für die Feldzüge die Pferde versagte, „weil es zu viele Unkosten machen und den Train vermehren würde.“

[Petition zur Abschaffung des Zweikampfes in der Armee.] Die Almoseniers der Armee fangen jetzt ebenfalls an, sich mit Politik zu beschäftigen. Einige derselben haben die Initiative zu einer Petition ergripen, die sie von einer Anzahl von Familienvätern unterzeichnet ließen und dann an die Kammern sandten. Diese Petition lautet:

An die Herren Senatoren und Deputirten! Meine Herren! Die unterzeichneten Familienväter wenden sich an Ihre Fürsorge und zugleich an den Reichsminister des Kriegs-Ministers, um die sofortige Unterdrückung eines Missbrauchs zu erlangen, der jedes Jahr in den Reihen der Armee Opfer fordert, nämlich die Unterdrückung des militärischen Zweikampfes. Gemäß feiligt unser Patriotismus niemals mit dem Blute unserer Kinder, wenn es auf rechtmäßige Weise für die Vertheidigung des Landes, für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Sicherheit aller verlangt werden kann. Aber dieses Blut, welches unser Blut ist, darf — wir geben unsere Zustimmung nicht dazu — nicht auf unmäßige Weise in den Zweikämpfen verausgabt werden, welche falsches Ehrgefühl oder bedauernswerte Vorurtheile den für die Vertheidigung der Gerechtigkeit und des Rechtes allein bewaffneten Soldaten auferlegen wollen. Im Namen dieses Rechtes und dieser Gerechtigkeit verlangen wir Familienväter, daß in diesem Punkte wie in allen übrigen die Gewissensfreiheit unserer Kinder geachtet werde und daß der Kriegs-Minister die Initiative zur Abschaffung des militärischen Zweikampfes ergreife. Dies erwarten wir von der hohen Unparteilichkeit wie von der Religion der Mitglieder unserer gesetzgebenden Versammlungen.

[Zur Reorganisation des Generalstabes.] Der mit dem Gesetzentwurf über die Reorganisation des französischen Generalstabes betraute Senats-Ausschuß hielt gestern Sitzung. Demselben liegen drei Systeme vor: die Einen wollen den jetzigen Zustand aufrecht erhalten und aus dem Generalstabe ein geschlossenes Corps machen; die Andern wollen, daß derselbe einen allen Capacitäten geöffneten besonderen Dienst bilde, und die Dritten wollen ein gemischtes System. Das Letztere, welches vom General Villot befürwortet wird, schien am meisten Anklang zu finden. Der Gesetzentwurf des Kriegsministers selbst läßt nur wenige Neuerungen zu. Man beschloß aber doch, denselben als Grundlage zu den Verhandlungen zu nehmen. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird erst nach den Vacanzen stattfinden.

[Die Offiziere der Territorialarmee.] Die „Correspondance“ versichert, der Kriegsminister habe verfügt, daß die Offiziere der Territorialarmee, welche gezwungen sind, in Folge der ersten Zusammenberufung dieser Reserve ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort zu verlassen, hinsichtlich der Besoldung und Immunitäten auf gleichen Fuß gestellt werden sollen wie die Offiziere des aktiven Heeres.

[Gambetta an Rouvier.] In Marseille ist ein unter dem Belagerungszustand unterdrücktes Blatt, die von dem Abgeordneten Maurice Rouvier geleitet „Politique“, wiedererstanden. An der Spitze ihrer ersten Nummer veröffentlicht sie folgendes Schreiben:

Paris, 4. April. Werber Freund! Die republikanische Demokratie ist endlich im Besitz der ihrem Princip, ihren Rechten und der Entwicklung ihrer Interessen entsprechenden Regierung. Zum ersten Male seit achtzig Jahren ist die Republik aus dem Parlament hervorgegangen, um sich über das Land zu verbreiten. Das französische Volk hat das Werk der Nationalversammlung mit Nachdruck bestätigt und allen von der sogenannten „conservativen“ Reaction aufgehörten Hindernissen zum Trotz eine Majorität von Vertretern zu Stande gebracht, die entschlossen ist, mit eben so viel Standhaftigkeit als Maß die Verwirklichung der Ideen des Fortschritts und der Civilisation, welche ein Vermächtnis unserer unsterblichen Vorfahren sind, in der Gesetzgebung, in der Verwaltung und sogar in den Sitten zu erstreben, als die Erben ihrer Principien, von ihrem Geiste durchdrungen, voll Bewunderung für ihre Hingabe, haben wir ihr Werk nur fortzuführen, indem wir uns auf ihre Lehre berufen, aber im Hinblick auf die Verschiedenheit der Zeiten, der Umgebung, der Verhältnisse entschieden andere Wege einzuschlagen. Sie haben erobert, wir müssen erhalten, ihre Selbstverleugnung und Uneigennützigkeit nachzahmen, aber Federmann begreift machen, daß die Politik heut zu Tage nur dann wahrhaft wirksam und fruchtbar ist, wenn sie statt mit Enthusiasmus und Leidenschaftlichkeit, mit wissenschaftlicher Methode betrieben wird. Da, wo sie geboten, müssen wir überzeugen, wo sie improvisirten, müssen wir überlegen, und während sie der Zahl entbehren konnten, müssen wir sie zu gewinnen und zu bewahren trachten. Mit einem Worte, wir müssen die Politik als eine Wissenschaft und Kunst und nicht mehr als einen Kampf ansehen. Wir müssen aus ihr ein höheres Werkzeug des Fortschritts und der Gestaltung machen, Studium, Überlegung, Fleiß, Beharrlichkeit, unerschütterliches Selbstvertrauen müssen unsere Hauptzugenden sein. Wir müssen uns daher vor Allem auf die Erörterung der gleichgültigen oder feindlich gesinnten Geister verlegen, beweisen, daß wir die Partei der Vernunft sind, und um die Republik alle aufrichtigen, redlichen, für die Zukunft des Vaterlandes besorgten Bürger sammeln. Dieser Aufgabe muß Ihr Blatt, dessen Name so treffend gewählt ist, gewidmet sein, und Sie werden mir gestatten, anzudeuten, wie Sie meines Gratzens Ihr Ziel am sichersten erreichen werden.

Sie sind durch die Verfassung und die denktwürdigen und entscheidenden allgemeinen Wahlen der Notwendigkeit enthoben, politische Formfragen zu erörtern. Die Staatsform ist unwiderrücklich festgestellt und wer irgend versuchen sollte, ihr Ansehen zu erschüttern oder zu schwächen, wäre ein Aufrührer, den der Arm des Gesetzes treffen müßte. Sie haben sich also nicht mehr mit Staatstheorien zu befassen, es erübrigt Ihnen nur, von den Inhabern der Regierungsgewalt zu verlangen, daß sie alle Rangstufen der Verwaltung mit aufgeklärt und treuen Diensten der Republik besetzen. Sie sollen mit dem Bestande der Vertreter der Nation die gründliche Reform der Beamten des Centralgouvernement von dem Ministerium an bis zu der kleinsten Gemeinde, verfolgen und dabei auch der Vertretung Frankreichs im Auslande nicht vergessen. Doch sei bemerkt, daß Ihre publicistische Tätigkeit hauptsächlich der Entfaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte der Nation gelten soll. Man muß dem ganzen Lande begreiflich machen, daß die Republik nicht nur diejenige Reg

Unter ihrem Antriebe der Unternehmungshieß, die nationale Arbeit, der Aufschwung der Capitalien, die Macht der Ersparyn, das Vereinsmessen, die Wunder des Freihandels, die friedlichen und fruchtbaren Wechselbeziehungen der Völker ihre herrlichen Blüthen freien werden. War es doch gerade das Gefühl, daß die republikanische Politik mit der Sicherheit und Ausdehnung des See- und Binnenhandels, der Gewerbe und des Ackerbaus in enger Verbindung steht, welches das Departement der Rhyneindungen und die mächtige Metropole des Mittelmeers von jeher auf die Bahnen der Demokratie geführt hat.

Es ist hohe Zeit, daß Ihre Initiative und Ihr neuengründetes, so lange und in gehässiger Weise durch den Belagerungszustand unterdrücktes Blatt in Ihrem Departement einen Mittelpunkt für alle Guigewillen, alle Energien, alle Fähigkeiten bildet, damit den Declamationen der Einen, der Anderen ein Ziel gesetzt wird und es uns endlich vergönnt ist, die fruchtbarkeit der Anderen ein Ziel gesetzt wird und es uns endlich vergönnt ist, die ganze Provence einschließlich für die Größe und das Wohlgehen des republikanischen Frankreich mitwirken zu sehen. Brüderlichen Gruß

Leon Gambetta.

[Das Programm der Gambettisten in der Arbeiterfrage.] Die Gambettisten haben vor wenigen Tagen in einer Privatvereinigung volkswirtschaftliche Grundsätze besprochen und ihr Programm in der Arbeiterfrage aufgestellt. Dasselbe lautet folgendermaßen: Der Arbeiter bedarf der Kenntnisse und der Erziehung einerseits, der Sicherung gegen die Not, welche aus Betriebsstörungen für ihn hervorgeht, andererseits. Jedes Lebensalter müssen besondere Einrichtungen entsprechen, welche ihm das gewähren, was er nötig hat, eigenen guten Willen und Arbeitslust immer vorausgesetzt. Als Kind bedarf er vor Allem des Elementarunterrichts; daher vor Allem Entwicklung und Hebung dieses Unterrichts, die übrigens in jedes liberale Programm von selbst mit eingeschlossen ist; als Jungling besteht er seine Lehrzeit und besucht nach Umständen die Fachschulen für Handwerker. Für die Organisation des Lehrlingswesens sind vor allen Dingen die conseils des prud'hommes (gewerbliche Schiedsgerichte) competent und sind von diesen Vorschlägen über den Gegenstand zu erwarten; im Mannesalter endlich ist vor allen Dingen durch Ersparyn und durch gegenseitige Hilfeleistung Vorkehrung dahin zu treffen, daß nicht ein Zufall, der den Arbeiter zeitweilig am Verdienst hindert, seine ganze Existenz bedrohen könne, und daß nicht diese Unsicherheit ihn zum Proletarier mache. Die Mittel, durch welche dieses Ziel sich erreichen läßt, sind Sparkassen, Gesellschaften zu gegenseitiger Hilfeleistung, Versicherungen gegen Unglücksfälle, Pfandhäuser. Für das Greisenalter endlich sind Verpflegungskassen erforderlich. Den Hauptnachdruck legen die Gambettisten auf die Organisation der Sparkassen und die Reform der bestehenden sociétés de secours mutuel; sie verpflichten sofortige Bemühungen nach dieser Richtung. Das ganze Programm ist, wie man sieht, keineswegs bedenklicher Radicalismus, sondern eher vorsichtig zu nennen.

[Eine deutsche Botibafel.] Unter den Botibafeln, welche die Wände der Kirche Notre-Dame-des-Victoires in Paris bedecken, und von exklusiven Gnaden: wunderbaren Heilungen, Befreiungen, Erfüllung von Herzenswünschen u. s. w. erzählen, prangt der „Magdeb. Ztg.“ zuviel, seit kurzem eine noch neue, aus weißem Marmor mit folgender Inschrift in rothen Lettern:

(8102.) Weibe-Geschenk
dargebracht von Mitgliedern Deutscher Herz-Mariä-Vereine, welche zum heil. unbedachten Herzen Mariä stehen um Wieder vereinigung ihres Vaterlandes im Glauben.

September 1875.

Dulce cor Mariae-salva nos
Ora pro populo
Interveni pro clero
Germaniae.

Diese Tafel ist an hervorragender Stelle angebracht: zur Rechten des Altars des heiligen Augustin, unmittelbar unter einem Paar hinter Glas und Rahmen hängender franz. Offiziers-Haulettens, dem Hauptaltar der Kirche gegenüber, welchen ein Standbild „Unserer Lieben Frau von den Siegen mit dem Jesu-Kinde“ schmückt. Auf einem der schönsten und reichsten goldenen Herzen liegt man die Worte: „Heiliges Herz Mariä, bitte für Deutschland.“ Dieses Herz wurde im September v. J., als die deutschen Pilger auf ihrer Wallfahrt nach Lourdes Paris passierten, von dem Grafen Stolberg dargebracht; die Tafel, die, wie das darauf eingravierte Datum aneutet, gleichfalls hätte überreicht werden sollen, war noch nicht fertig und wurde erst in der letzten Zeit mit anderen dem Altar des heiligen Augustin einverlebt.

Belgien.

Brüssel, 6. April. [Zur Unterrichtsfrage.] Herr Frère-Orban, schreibt man dem „Frank. Journ.“, erhielt heute den schlagendsten Beweis, daß die Clericalen von seinen Ideen in der höheren Unterrichtsfrage nur Das annehmen, was in ihrem Kram paßt, das heißt, was der Alma Mater von Löwen Vortheile zu verprechen scheint. Als der Chef der Linken der Abschaffung der Staats-Examen das Wort redete und es für die wissenschaftliche Entwicklung der studirenden Jugend für ersprüchlicher hielt, die Doctor-Diplome durch die Universitäten selbst ohne Intervention des Staates ertheilen zu lassen, da griffen das Ministerium und seine clerical Majorität eifrig zu und stellten hastig einen Gesetzentwurf zusammen, der jetzt den Berathungen der Versammlung unterworfen ist. Wer U gesagt hat, muß auch V sagen, dachte Herr Frère-Orban, und so stellte er, seinen Theorien getreu, zu dem Artikel 1 des Gesetz-Entwurfs einen Zusatz-Artikel, dessen erster Absatz die Freiheit des Advocat vorstieg, während der zweite Theil die Modalitäten der Ernennung in die Magistratur und ins Notariat einem später einzubringenden Gesetz vorbehält. Das Amendment ward verworfen und zwar der erste Theil in namentlicher Abstimmung mit 63 Stimmen gegen 42 und zwei Stimm-Enthaltungen. Alle übrigen Verbesserungsanträge der Linken hatten das gleiche Los. Das Regierungsvorprojekt dürfte morgen ungeändert angenommen werden. Das ließ sich wohl voraussehen, daß gestern bereits der Advocat d'Allard, der als Kandidat der Association liberale am 20. April für den durch den Tod des Dr. Blae-mink erledigten Brüsseler Deputirtensitz auftritt, bereits in öffentlicher Wahlversammlung erklärte, die liberale Partei würde dafür sorgen, sobald sie die Majorität wieder erobert hätte, das neue höhere Unterrichtsgesetz wieder abzuschaffen, wie hr. Waddington dies in Frankreich bereits vorgeschlagen hat.

[L'Art de Roedenbeck] dürfte Sonntag Abend, spätestens Montag hier gesänglich eingebracht werden. Seine Auslieferung durch England an die belgische Justiz findet übermorgen statt.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 12. April. [Zur Schließung des fürstbischöflichen theologischen Convictus.] Unterm 11. April schreibt die „Schles. Volks-Ztg.“: Heute Vormittag in der 12. Stunde erschien der Staats-Commissionarius v. Schuckmann in Begleitung des Regierung-Secretärs Fuchs im fürstbischöflichen theologischen Convict, um die Gebäude und das Inventarium desselben in seine Verwaltung zu übernehmen. Derselbe erklärte dem Präfekten, daß er im Genuss seiner Dienstwohnung und aller nach seinem Anstellungsdrecre ihm zukommenden Emolumente verbleiben werde, er entließ die bisher mit der Deconome der Anstalt betraut gewesenen barmherzigen Schwestern mit Gewährung einer von denselben acceptirten billigen Frist zur Räumung ihrer Wohnung, und traf außerdem vorläufige Verfügung über das Dienstpersonal, indem er die Aufbewahrung resp. Verwertung des Inventars und die Verwendung der nun freigewordenen Localitäten weiterer Entschließung vorbehält.

[Ankunft der Störche.] Heute in der Morgenstunde flog ein Zug Störche, an Zahl mindestens 40–50, von Süd-Westen kommend, über unsere Stadt. — Möchten sie die Bringer des längst erwarteten Frühlings sein!

○ Hirschberg, 11. April. [Koppenpartie.] Am vergangenen Sonnabend beschloß bei gemütlicher Mittagsstafette im Hotel „zu den drei Bergen“ hierbei drei Handlung-Reisende, Vertreter eines Pariser, eines Wiener und eines Badischen Hauses — sonst gemütliche Schlesi — zur Beantwortung der Frage, wie man den Sonntag zubringen werde — eine Koppenpartie. Wirth Klamt und sein treuer „Hector“ waren mit bei der Partie, und um 3 Uhr sahen die Reiseflüchtigen, mit Ausnahme des Hectors, bereits auf dem leichten Gefährt, mit welchem sie gegen 5 Uhr in Krummhübel ankamen. Von hier aus wandten sie, in Begleitung eines Führers, ihre Schritte über Brüdenberg der Hampel-Baude zu, auf immer steiler werdendem Pfad im weiden Schnee die Beschwerden überwindend, zu deren Ertragung eine festgelegte Champagnerpörne förderlich anspricht. Die Bewohner des Hampelbauden-Ahls — Menschen und Tiere — waren hocherfreut, durch so rüstige Gebirgsbewohner die Sommer-Saison eröffnet zu sehen, und beilebten sich, den Ankommenden den Aufenthalt in dem gemeinsamen Quartiere so angenehm als möglich zu machen, bis Freund Sandmann über Einheimische und Fremde seine Büchle ausspreute. Der Sonnabend brach an und brachte den herrlichsten Sonnenaufgang darüber über den weißen Gefilden. Wohlgebrüder verließen unsere Wanderer ihr Lager und lebten nach Frühstück und Abschied ihre Schritte auf hartgetroffen tragbarer Schneeschläche dem ihnen wissenden hohen Ziele entgegen, das zu erklimmen, ihre todesmäßige Aufgabe sein sollte, nachdem sie in der Niesenbaude vergleichlich nach einem lebenden Wesen gefühlt hatten. Da die verschneite steinerne Schutzmehr brach ansteigenden Pferdes ihnen nichts half, so mußten die Wanderer auf dem Abhange, unter welchem der Melzergrund drohte, gähnte, zum Plateau des Koppenkegels hinankommen, wobei sie sorgfältig vermieden, ihren Blick nach der Seite der Gefahr hin zu richten. Endlich gegen 9½ Uhr standen sie oben auf der lustigen Höhe und jaudeten auf bei dem herrlichen Rundblick, der sich auf dem erweiterten Punkte Norddeutschlands nach allen Richtungen ibnen ibn. Pistolenabschüsse verluden ihre Ankunft und zauberten des Wächters Scheibe Antlis aus seiner Luke herbor, dem bald der vollständige Scheibe nachfolgte, um jubelnd die ersten Touristen auf dem seiner Ohnmacht anvertrauten Höchste zu begrüßen. Zu dem Feuer seines dichterischen Gemüthes gefiel sich schmeichelnd das in dem Interimssofen und mit dem Vortrage der Lieder seiner dichterischen Muse würzte er das Frühstück, welches der Koppensteiger aus der Dreiergentüde mitgebracht hatte und das auch dem Dichter, sowie dem „Hector“, der stets bei der Avantgarde gewesen, ein bescheidenes Theil abwarf. Gegen 10 Uhr verließ die Gesellschaft den Schauplatz ihres Siegs, um über die Grenzbauden ihre Rücktour zu nehmen. Auf diesem Wege erwiderten sie im tiefen Schnee, den die Sonnenstrahlen auf dem Südabhang der schwarzen Kuppe bereits wieder erwacht hatten, noch viele Beschwerden, deren Bedeutung sie immer aufs Neue wieder erkannten, wenn sie bis an den Leib in den Schnee einsanken. Gegen 12 Uhr waren die Grenzbauden erreicht, wo Häbner sich beeilte, aus Küche und Keller den Wanderern das Beste zu bieten, worauf dieselben auf hören schlitten ihr Tour bis zum „Ioden Manne“ fortsetzten. Um 2 Uhr trafen sie in Schmiedeberg ein und um 6 Uhr waren sie wohl behalten wieder hier in den „drei Bergen“. Das war eine Sonntagspartie.

V Warmbrunn, 11. April. [Palmsonntags-Markt.] Der am vergangenen Sonnabend, 9. April, in Warmbrunn abgehaltene Palmsonntags-Markt war von dem ausgezeichneten Frühlingswetter begünstigt. Der hier seit alter Zeit für unsern Badeort, sowie für alle Bewohner am Fuße des Riesengebirges eigenhümliche Markt wird in älteren hiesigen Chroniken als Biefferfest-Markt von Warmbrunn angeführt, scheint aber seinen eigentlichem Ursprung auf einen von Seiten der früher zum Gräfslauer Cisterzienser-Kloster gehörigen Bieffer-Geistlichkeit auf Palmsonntag festgefeierten alljährlichen Wallfahrtstag zurückzuführen, der ebenso durch die Zusammenströmung einer ungewöhnlichen Menschenmenge sich sowohl für den Badeort, als vielleicht auch für die frühere Klostergeistlichkeit der Probstei zu einer Einnahmestelle gestaltete. Die hiesige frühere, dem Cisterzienser-Kloster zu Gräfslau nach alten Urkunden am 16. Juni 1403 durch den Ämtherrn der jetzigen Reichsgrafen Schaffgotsch überwiesene Stiftung der Probstei wurde damals von den übrigen Schaffgotsch'schen Besitzthümern in Warmbrunn getrennt, nach Ablauf eines Zeitraums von 409 Jahren, nämlich im Jahre 1812 in Folge der Säcularisation des Klosters von dem damaligen Herrn der Herrschaft Rynat Grafen Leopold Gotthard Schaffgotsch wieder läufig vom Staate zurückgeworben. Der erwähnte Markt ist jetzt in neuerer Zeit zum vollständigen Volksfest geworden und wurde, wenn sein Festtag nicht gerade an den Palmsonntag gefallen wäre, sich leicht zu sämtlicher Jahreszeit zu einem ähnlichen Volksfeste, wie z. B. das Dresdener Vogelschießen, gestalten lassen. Die Menschenmenge, die sich nämlich an dem vergangenen, in der That aus erlesenen Frühlingssonntage hier in Warmbrunn zusammengefunden hatte, möchte sich mit Einschluß der Ortsinassen mindestens auf 10,000 Seelen beflauen. Eine Anzahl Carousells, liegende Auctionäre, Bänkelländer, Würfelbuden, Ringworf-Plätze u. s. w. versammelten ein so zahlreiches und zugleich so außerordentlich buntes Publikum um die einzigen Vergnügungs- und Belustigungsplätze, wie man es bei den besuchten Stadtmärkten kaum mehr vertreten findet. Außerdem dreht sich die Bedeutung des ganzen Marktes um den Anlauf eines aus Biefferluden- oder gewöhnlichem Semmelteig hergestellten, nach Art der Biefferluchenmänner gebildeten Gebäcks, das dann zu Tausenden aus Warmbrunn nach den umliegenden Ortschaften wandert und den Stoff zu einer Reihe lustiger Erinnerungen bildet. Schade, daß die Unkunst, die manche Palmsonntage durch die Witterung erfahren, schon oft diesem alljährlich wiedergebenden, aber von der Volksküche durchaus auf den Palmsonntag gebauten Volksfeste bedeutenden Eintrag gethan hat.

○ Liegnitz, 11. April. [Aus der Stadtoberordneten-Versammlung — Schloß-Jnung — Sparverein.] In der gestern abgehaltenen Stadtoberordneten-Sitzung wurde der zum unbefoldeten Stadtrath gewählte Particular-Warne durch den Oberbürgermeister Dertel in sein Amt feierlich eingeführt. In derselben Sitzung fand der von Seiten des Magistrats vorgelegte neue Bevollungs-Cat der hiesigen städtischen Elementar-lehrer mit den aus der Berathung der dafür eingesetzten Commission hervorgegangenen Abänderungen einstimmige Annahme. Nach demselben beträgt das Mininalgehalt für diejenigen Lehrer, welche die Wiederholungsprüfung noch nicht abgelegt, 900 M., für diejenigen aber, welche dieselbe bereits bestanden haben, 1050 M. Von 3 zu 3 Jahren tritt eine Erhöhung von 150 M. ein, bis nach einer 30jährigen Dienstzeit das Maximalgehalt von 2400 M. erreicht ist. Hoffenlich wird die Dienstzeit allen Lehrern gleich angerechnet werden, da sonst mehrere der älteren Lehrer, welche es früher nicht selten geschah, erst nach einer mehrjährigen praktischen Amtsähnlichkeit eine Anstellung hierzu erhalten, im Verhältniß zu ihren jüngeren Kollegen eine Schädigung ihres Einkommens zu klaggen haben würden. — Eine zweite, das Interesse der hiesigen Schulverhältnisse neu berührende Vorlage fand in derselben Sitzung die Zustimmung der Versammlung: Der Magistrat beabsichtigt nämlich an die Spitze der Mädchen-Bürgerschule, welche bisher von dem Rector der hiesigen höheren Töchterliche geleitet wurde, einen pro recto geprüften praktischen Schulmann zu wählen, welchem gleichzeitig die Verpflichtung auferlegt werden soll, die Local-Inspection über die hiesigen städtischen Elementarschulen zu übernehmen. Obwohl der Vortheil einer derartigen Maßnahme auf der Hand liegt, so bleibt doch abzuwarten, welche Stellung die Regierung diesem Antrage gegenüber einnehmen wird, da sich der Ausschluß der hiesigen Geistlichen von dem Beaufsichtigungsrecht über die Schulen wohl schwerlich als ein dringendes Bedürfnis nachweisen läßt. — Der für die Erhöhung seines Standes äußert thätige Schlosser H. Philipp hat sich das Verdienst erworben, unter seinen Berufsgenossen das, durch die gegenwärtigen Zeitenbedürfnisse lose gewordene Bewußtsein der Zusammenghörigkeit, auf's Neue anzuregen. Durch ihn veranlaßt sind Seitens des Obermeisters die zu einer zeitgemäßen Umänderung der früheren Innungsstatuten nötigen Versammlungen anberaumt und die maßgebenden Bedingungen für die Neugestaltung der Schloßerinnung festgesetzt worden. Nach Wohlgeabe der neuverfassten resp. umgeänderten Statuten betrachtet es die Jnung als ihre Hauptaufgabe, Lehrlinge nur unter Zugrundelegung contraclicher Festlegungen mit den Eltern resp. Bormündern in die Lehre aufzunehmen; die Leistungsfähigkeit nach beendetem Lehrzeit durch eine Prüfung festzuhalten und den Nachweis der vorherrschenden Tüchtigkeit durch Prämien zu belohnen und die Lehrlinge in strenger Buße und Ordnung zu erziehen, damit sie brauchbare Handwerker und nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden. Zur Erreichung dieses Ziels wird den Lehrlingen der Besuch der Fortbildungsschule zur strengen Pflicht gemacht. Idemfalls gestattet dieses nachabmögliche Vor gehen die erste Ausübung, den Handwerkerstand auf diesem Wege wieder zu seiner früheren Bedeutung und Gediegenheit geführt zu sehen. — Vor gestern hat der hiesige Sparverein seine diesjährige Sparperiode begonnen. Dieser durch den Magistrat verwaltete Verein nimmt allwochentlich Spar-Ginlagen im Betrage von zehn Pfennigen bis zu drei Mark an, übergibt dieselben der städtischen Spar-Sche und zahlt den Eigentümern der Einlagen die während des Sommers angehäuften Beträge mit Zinsen zum Beginn des Winters zurück. Auf

diese Weise wird es den meist armen Leuten leicht, ihre Winterbedürfnisse befriedigen zu können. Im vergangenen Jahre haben 1200 Personen von dieser höchst segnenden Einrichtung Gebrauch gemacht, so daß ca. 45,000 Mark Spargelder zur Rückzahlung gelangt sind. Zur Bequemlichkeit der in der Oberstadt wohnenden Sparer hat der Magistrat noch eine Sammelstelle bei dem Kaufmann E. Fabian, Goldbergerstraße, eingerichtet.

○ Steinau a/O., 11. April. [Stadtverordneten-Sitzung.] — Brüderpfeifer. — Narrität. — Gauner. — In der für gestern anberaumten Sitzung der Stadtoberordneten führte der Antrag — die Bürgersteige der westlichen Vorstadt Steinaus (Breite Straße) mit Granitplatten zu belegen — zu einer längeren Debatte. Bereits seit Jahren besitzt der Ring, die Glogauer, Oder- und Neue Straße Trottoirs und seit damals wurde ein Fonds zur Beschaffung der nötigen Granitplatten für diesen Stadtteil gesammelt, indem die Kämmerer jährlich die Summe von 100 Thlr. zurücksiegt. Dieser Fonds ist bis jetzt auf die Höhe von 600 Thlr. angewachsen. Die Versammlung genehmigte die Anlage und beschließt die Arbeit in Submission zu vergeben resp. selbst ausführen zu lassen. — Der zur Zeit des letzten Eisgangs beschädigte Pfeiler der Eisenbahn-Oderbrücke ist bereits wieder ausgebessert. Wir glaubten, daß man einer ferneren ähnlichen Beschädigung des Pfeilers durch Einlegung von Granitsteinen vorbeugen würde, doch sind die Ausbeiterungen der nicht unbedeutend gewesenen Erosionen abermals durch Ziegelmauerwerk ausgeführt worden. — Der im Nachbardorf Preishau anstürzige Baumerquisidor löst besitz gegenwärtig ein höchst seltenes Exemplar von Ziegeln. Derselbe hat nur Hinterfüße, während die Vorderfüße ihm vollständig fehlen. Das Thier ist bereits fünf Wochen alt, sonst ganz normal gebildet und erfreut sich des besten Wohlbefindens. — In diesen Tagen gelang es zwei anständig gekleideten im Gasthof zum weißen Rob übernachtenden Gaunern die in dem Fremdenzimmer zufällig aufbewahrte Lade der Zimmermutter auszuführen. Die darin aufbewahrte Gelbsumme soll sich nahe an 20 Thlr. belaufen haben. Am nächsten Morgen fanden einige Ziegelarbeiter diese Lade in einer Sandgrube. Die Strolche hatten mit Hilfe eines Steines das Schloß erbrochen, das baare Geld an sich genommen, während ein alterthümliches zinnernes Trinkgefäß — sogenannter Willkommen — neben der Lade vorgefunden wurde.

○ Trebnitz, 11. April. [Zur Tageschronik.] Dem Sanitäts-Bericht des 1. Quartals d. J. ist zu entnehmen, daß die Wirkungen des kalten, rauhen, eisigen und stürmischen Wetters, das insbesondere im Januar und März sehr veränderlichen Charakters war, sich in Zahl und Art der Erkrankungen, auch im hiesigen Kreise, wie dies nicht anders zu erwarten stand, geltend machten. — Erkrankungen des Kehlkopfes, namentlich Bräune bei den Kindern mit und ohne diphtherische Erkrankungen, sehr oft mit tödlichem Ausgang, gehörten nicht zu den Seltenheiten. Auch traten Krankheiten der Lunge, Katarre aller Art, Stichfluss, Asthma sc. bei Erwachsenen ziemlich häufig ein, namentlich wurden Personen höheren Alters häuft von dergleichen Affectionen heimgesucht, während andere im fräftigsten Alter, mitunter plötzlich unter den Symptomen von Lungenschwäche verstarben. Anfangs März mehrt sich dann auch die Zahl der Erkrankungen in Folge der nassen Witterung, insbesondere rheumatische Affectionen mit und ohne Fieber wurden vielfach Gegenstand ärztlicher Behandlung, eben so häufiger, denn sonst gichtische Prozesse. Zahlreich waren endlich die im Malteser-Krankenhaus zur Behandlung vorgekommenen Fälle von Erfrierungen ganzer Glieder während der andauernden Kälte im Monat Januar. Es verlor ein Mann aus Wendorf (ins Malteser-Krankenhaus gebracht), welcher die Nacht hindurch mit den Beinen im Schnee gelegen und in Folge dessen beide Füße erfroren hatte, wozu noch der Brand trat, den linken Fuß vollständig. Außerdem 5 andere Personen, theils einzelne, theils mehrere Zeiten durch Frost in Folge Nächtigens in Scheuern sc. — Am verflossenen Sonnabend fand in den „Heinrich-Säale“ des hiesigen Klosters zum Besten des „katholischen Waisenhauses“ unter der Direction des kathol. Cantors Kinder die Aufführung des Oratoriums: „Die sieben Worte des Erlösers am Kreuze“ von Joseph Haydn statt. — Der sehr geräumige und in dergl. Aufführungen seiner Altkunst wegen durchaus sich eignende Kloster-Saal war bis auf den letzten Platz besetzt und lobte dem strebamen Dirigenten, sowie den zum Gelingen des Ganzen thätig gewesenen Damen und Herrenreicher Beifall des zahlreichen Auditoriums, umso mehr, da in den Leistungen fast durchweg Klangfülle und Wohlklang mit überaus gemüthvoller Vortragweise sich vereinigten, die Chöre überhaupt vorzüglich einstudiert und auch die Solis gut besetzt waren. — Die Gesamt-Einnahme belief sich auf 150 M. — In Krumpach hiesigen Kreises haben sich in jüngster Zeit tollwuthverdächtige Hände gezeigt und ist deshalb vom dortigen Amtsrichter das Anlegen resp. Einsperren sämtlicher Hunde dieser Ortschaft bei Tag und Nacht angeordnet worden.

S. Gleiwitz, 11. April. [Schulprüfung.] Am 10. d. M. wurde die öffentliche Prüfung der hiesigen confessionslosen höheren Töchterschule Nr. II. durch den Königl. Kreis-Schulen-Inspector Herrn Marx abgehalten. Das Resultat derselben kann als ein durchaus befriedigendes bezeichnet werden. Mit der Prüfung war auch eine Ausstellung von Zeichnungen, Probebriefen und weiblichen Handarbeiten verbunden, welche letzteren besonders mit großem Fleiß und vieler Geschicklichkeit angefertigt waren. — An der Anstalt wirkten von 1875–76 folgende Lehrkräfte: 1) Fr. Wilhelmine Schreiber, Vorsteherin, 2) Fr. A. Wildenbos, 3) Fr. A. Schreiber, 4) Ober-Kaplan Buchal, 5) Gymnasial-Overlehrer Dr. Böltel, 6) Gymnasiallehrer Schönt, 7) Gymnasiallehrer Dr. Kirsch, 8) Rector a. D. Kugl, 9) Lehrer Heinrich, 10) Lehrer Kapal. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 24. April wird die Anstalt, mit welcher auch ein Pensionat verbunden ist, nach dem Plane der höheren Töchterschulen in Breslau geleitet, wodurch auch das Französische und Englische mit einer wöchentlich größeren Stundenzahl besonders berücksichtigt wird. An Stelle des Geschichtslehrers der oberen Klasse, Herrn Dr. Kirsch, der mit dem neuen Schuljahr seine Stunden aufgibt, wird der Gymnasial-Hilfslehrer Dr. Kotke treten.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 11. April. Die heutige Börse überbot in Bezug auf die matte Stimm

Berliner Börse vom 11. April 1876.

Wechsel-Cours.

Amsterdam	100FL	4% 3	163,55 bz
do.	do.	2 M. 3	168,75 bz
London	1 L.	3 M. 3	20,35 bz
Paris	100 Frs.	8 T. 4	81,15 bz
Stettin	100 Taler	3 M. 6	261,70 bz
Warschau	100SR	8 T. 6	264,55 bz
Wien	100 FL	8 T. 4	171,25 bz
do.	do.	2 M. 4	170,15 G

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4% consol.	4% 3	105,10 bz
do.	4%ige	49,75 bz
Staats-Schuldscheine	3%	93,50 bz
Pram.-Anleihe v. 1855	3%	131,00 bz G
Berliner Stadt-Oblig.	4%	101,20 bz
Berliner	4%	101,70 bz
Pommerische	4%	84,50 bz
Posenische neue	4%	94,90 bz
Schlesische	3%	85,75 bz
Kur. u. Neumärk.	4%	87,90 B
Pommersche	4%	97,21 bz
Posensche	4%	97,60 G
Preussische	4%	97,60 G
Westphal. u. Rhein.	4%	26,80 bz
Sachsenische	4%	99,10 bz
Schlesische	4%	97,80 bz
Rädische Präm.-Aul.	4%	118,75 bz
Bairische 4% Anleihe	4%	120,25 bz
Cöln-Mind. Pramienach	3%	108,70 bz

A. u. R. 40 Thaler-Loose 255,50 bz
Badische 35 Fl.-Loose 135,50 bz
Prausnitz. Präm.-Anleihe 83,25 B
Oldenburger Loose 138,75 B

Ducaten 9,52 bz
Sover. 20,42 bz
Napoleons 16,23 bz
Imperialis —
Bullars —

Fremd. Bkn. 98,85 bz
Sover. 81,25 bz
Russs. Bkn. 171,80 bz
Kuss. Bkn. 264,70 G

Hypotheken-Certificate.

Gruppische Partial-Obl.	5	102,10 bz
Urbk. Pfd. d. Pr. Hyp. E.	4%	99,00 bz G
do.	do.	50,20 bz G
Deutsche Hyp.-Pfd.	4%	95,75 bz
Kundbr. Cent.-Bod.-Cr.	4%	105,25 bz
Unknd. do.	5	101,50 bz
do.	rückzb.	110 5 106,60 bz
do.	do.	89,50 bz
U. K. H. D. Pr. Bz. Cr. Pfd.	5	—
III. Em. do.	103,30 bz G	
Kundbr. Hyp.-Schuld. do.	5	93,99 G
Hyp.-Auth. Nord.-G.C.B.	5	100,75 bz G
Pomm. Hyp.-Briefe	5	104,75 G
do.	do.	101,25 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,50 G
do.	II. Em.	101,10 bz
do.	do.	103,00 bz G
do.	do.	106,30 bz G
do.	do.	96,35 bz
Meiningen Präm.-Pfd.	4%	103,25 bz B
Oest. Silberpfandb.	5	45 bz
do.	do.	44 bz
Pfd. d. Oest. Bd. Cr. Ge.	5	88,50 bz G
do.	do.	100,00 G
Südd. Bod. Cred.-Pfd.	5	102,25 G
do.	do.	94,00 G
Wiener Silberpfandb.	5	98,00 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Görlitz	4	82,10 bz G
Berliner Nordbahn	5	81,50 bz
Breslau-Warschau	0	23,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	18 bz G
Hannover-Altenb.	0	35 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2%	41,75 B
Märkisch-Posen	0	64 bz
Magdeh.-Halberst.	3%	59,50 bz
do.	Lit. C.	88,25 bz
Ostpr. Südbahn	3%	74 bz B
Pomm. Centralb.	3%	—
Rechte-O.-U.-Bahn	6%	108 b. B
Rumanier	8%	80 bz
Saal-Bahn	2%	28,10 G
Weimar-Gera	2%	28 G

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	100% 23,75 G
Anglo-Deut. Bk.	0	56 G
Berl. Kassan.-Ver.	120%	17,7
Berl. Handels.-Ges.	7	88,75 bz
do. Prod.-u. Hds.-B.	10%	84,40 bz
Braunschw. Bank	7%	94,50 bz
Presl. Disac.-Bank	2%	62 bz
Bresl. Maklerbank	0	—
Bresl. Makl.-Ver.-B.	4	—
Bresl. Wechslerb.	3%	66,75 B
Coburg. Cred.-B.	4%	72 bz
Danziger Priv.-Bk.	6	115,25 G
Darmst. Credicib.	10	97,25 bz
Zettelbank	6%	94,50 bz
Deutsche Bank	5	75,59 bz
do. Reichsbank	—	145,60 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7%	93 bz G
Disc.-Com.-Bank	12	114,30 bz
Genossensch.-Buk.	6	93,75 G
do.	junge	54,50 bz
Gwb. Schuster u. o.	0	13 G
Goth. Grundcreib.	9	107,75 bz B
Hamb. Vereins-B.	111	116 G
Hannov. Bank	6/15	102 B
Königs.-Ver.-Bank	5%	80,75 B
Lindw.-B. Kwieckib.	6%	62 G
Leipa. Cred.-Ans.	9	117 bz G
Luxemburg. Bank	9	104 G
Magdeburger do.	5%	107,75 G
Meiningen do.	4	80,60 bz G
Moldauer Lde.-B.	3	30 B
Nordd. Bank	10	127 B
Nordd. Grunder-B.	9%	101,25 bz B
Overlaubser Bk.	0	53 B
Oest. Cred.-Action	6%	248,60-43,89 bz
Poissner Prov.-Bank	2%	97,80 bz G
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	8	97 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9%	119 bz G
Sachs. Bank	10%	120,75 bz G
Sachs. Cred.-Bank	6	80,50 bz B
Schl. Bas.-Verein	6	81,75 B
Schl. Vereinsbank	5%	88 bz G
Thüringer Bk.	6	75 bz G
Weimarer Bank	3%	49,25 bz
Wiener Unionsb.	5	20/7 110 B

In Liquidation.

Berliner Bank	0	fr. 88 G
Berl. Bankverk.	4%	81,75 bz
Berl. Lombard-B.	0	fr. 85,50 bz
Berl. Prod.-u. Hds.-B.	0	fr. 40 bz
Berl. Pr.-Wechslerb.	0	—
do. Hand. u. Entrep.	0	fr. —
Centralb. f. Genos.	0	fr. 26,50 bz B
Deutsche Union-B.	3	78,30 bz
Hannov. Disc.-Bk.	81/5	fr. 88 B
Hessische Bk.	0	fr. 56 B
Ndrsch. Casenv.	0	fr. 85,50 G
Oestdeutsche Bank	6	fr. —
Poiss.-Pr.-Wechsler-B.	0	fr. 52 G
Pr. Credit-Anstalt	0	fr. —
Pr. Wechsler-Buk.	0	fr. —
Schl. Centralbank	2	fr. 4,40 B
Ver.-Rk. Quistorp	0	fr. 6 G

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenab.-Bd.-A.	7%	123,50 B
D. Eisenbahns.-G.	0	12,60 bz
do. Reichs.-u. Co.-B.	4	69,25 G
Mark.-Sch.-Masch.-G.	0	17 bz
Nord. Guimilafab.	5%	52 bz G
do. Japierb.	4	15 B
Wetend. Com.-G.	0	fr. 4,40 B
Pr. Hyp.-Vera.-Act.	18%	127,80 bz G
Schlcs. Feuvers.	20%	62,50 G

Donnersmarkshütte	4	18,56 B
Dortm. Union	0	9 G
Königs.-u. Laurah.	0	58,50 bz B
Lauchhammer	0	20,10 bz G
Marienhütte	7%	64 G
Merithütte	0	30 B
Redenbüttle	0	5 B
Schl. Kohlenwerke	0	10,25 G
Schl. Zinkh.-Action	7	86 B
do. St.-Pr.-Act.	7	99 B
Tarnowitz. Borg.	0	47,50 G
Vorwärthütte	1	17,50 G

Baltischer Lloyd	0	37,75 G
Bresl. Bierbrauer	0	51 B
Bresl. E.-Wagenb.	6%	48 bz B
do. ver. Oefab.	5	24 B
Erdm. Spinnerei	4	41,25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2%	13 G
Hofm's Wag. Fabr.	0	23,60 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	85 G
Schl. Leinenind.	7%	fr. —
S.A.Ct.-Br. (Scholz)	0	fr. —</td